## Die Lobby hat Erstaunliches erreicht

Freitag, im feinen Berliner Hotel Adlon. Die Kanzlerin betritt den in gold und grün gehaltenen Palaissaal. Unter ausladenden Lüstern haben sich mehrere hundert Firmenpatriarchen versammelt, die eine Frage bewegt: Wird ihnen Angela Merkel versprechen, die verhasste Erbschaftsteuer abzuräumen?

Brun-Hagen Hennerkes, ein elegant gekleideter Mann, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Familienunternehmen, ihr oberster Interessenvertreter. Er hält es für geboten, der Kanzlerin noch einmal ausführlich die Forderungen der Branche darzulegen. Und so stellt er sich zunächst statt ihrer an das Rednerpult. Er sagt Sätze, die mit "Es darf nicht sein" oder mit "Das neue Gesetz soll unbedingt" beginnen. Merkel muss warten und zuhören.

Irgendwie erinnert das Szenario an den CSU-Parteitag im vergangenen November, als Parteichef Horst Seehofer die Kanzlerin auf offener Bühne zehn Minuten lang belehrte. "Sie sehen hier Repräsentanten von Firmen, die 160Milliarden Euro Umsatz machen jährlich und eine Dreiviertelmillion Arbeitsplätze sicherten", endet Hennerkes. Was schon nicht mehr an Seehofer erinnert, sondern eher an den Paten in Francis Ford Coppolas Film, der seinem Gegenüber erklärt, dass man sich gegenseitig Gefallen erweisen müsse.

Eine Minute später rückt Merkel die Verhältnisse zurecht. Wenn die deutsche Wirtschaft so gute Zahlen schreibe, beginnt sie lobend, "hängt das auch mit Ihnen zusammen". Im Übrigen aber, fügt sie hinzu, gebe es in Deutschland gerade 43 Millionen Erwerbstätige. Pause. Lächeln. Alles klar? Unausgesprochen schwingt durch den Saal, dass 750 000 Arbeitsplätze zwar wunderbar sind, aber im Vergleich zu 43 Millionen eben nur ein Bruchteil. Weshalb die Bundesregierung nicht nur Rücksicht auf Familienerben nehmen könne

Szenen wie im Adlon zeigen, wie Interessengruppen versuchen, Reformen zu beeinflussen. Spitzenpolitiker werden eingeladen, offiziell und natürlich informell, und mit Bedenken und Forderungen konfrontiert. Das gehört zum demokratischen Geschäft, erklärt aber auch, warum es so schwer ist, große Reformen anzupacken. Insbesondere, wenn es um Steuern geht.

### Verfassungsrichter verlangen eine Reform bis zum Ende des Monats

Als bisher letzte große Steuerreform gilt jene aus dem Jahr 2000, als die rot-grüne Koalition die Sätze in der Einkommensteuer senkte, den Grundfreibetrag erhöhte sowie Unternehmen entlastete. Es gab weitere Vorschläge, das hochkomplizierte deutsche Steuersystem gerechter und einfacher zu machen. Alle scheiterten am mangelnden Willen, das zwischen den verschiedensten Interessengruppen von Familienunternehmern über Hoteliers bis hin zu Besserverdienenden ausbalancierte Steuersystem anzugehen. Die Grünen verloren die Bundestagswahl 2013 mit dem Versprechen einer Steuerreform. "Viel zu heikel bei so vielen Interessen", sagt ein langjähriger Beamter aus dem CDU-geführten Bundesfinanzministerium. "Es gibt viele Gründe für eine Steuerreform", sagt SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider. "Aber wenn es konkret wird, fühlt sich jeder betroffen."

Und die Kanzlerin? Merkel, die im Adlon über die Erbschaftsteuer spricht, lässt keinen Zweifel daran, dass sie wenig Lust hat, am Steuerrecht zu feilen. Auch nicht an der Erbschaftsteuer. "Das Schönste wäre gewesen, das Bundesverfassungsgericht hätte alles so gelassen", sagt sie. Dann wäre es bei den vielen Ausnahmen für Familienunternehmen bei der Erbschaftsteuer geblieben. Die Richter befanden allerdings im Jahr 2014, dass die Vergünstigungen für die Übertragung von Betriebsvermögen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer verfassungswidrig sind. Sie trugen der Regierung auf, bis zum 30. Juni 2016 ein neues Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz vorzulegen. "Wir können nicht so viele Unternehmen aus der Erbschaftsteuer rausnehmen, dass keine mehr drinbleiben", sagt Merkel. Finanzminister Wolfgang Schäuble wird also die steuerlichen Regeln beim Erben nachbessern